

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2/XXII/170

Bad Godesberg, den 6. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Deutsche Ostpolitik</u> Ihre Möglichkeiten und Grenzen Zur bevorstehenden Reise Majonicas in die Sowjetunion	84
3 - 4	<u>Die geistige Mauer</u> Politische Überlegungen zu Leipziger Gesprächen Von Dr. Erhard Eckert, z.Z. Leipzig	64
5 - 6	<u>Schweden und die EWG</u> Auf der Suche nach neuen Märkten Von Rudolf Hübner, Stockholm	62

* * *

Deutsche Ostpolitik

Ihre Möglichkeiten und Grenzen

Herr - Herr Majonica, einer der außenpolitischen Experten der CDU, wird Mitte dieses Monats die Sowjetunion besuchen und Gespräche mit sowjetrussischen Politikern führen. Es ist gut, daß ein maßgebender Mann der CDU die Hauptstadt der Sowjetunion besucht, um persönliche Eindrücke zu gewinnen und sich Einblick zu verschaffen in die Überlegungen sowjetrussischer Deutschlandpolitik. Deutsche Politiker haben allzu lange die persönliche Kontaktaufnahme mit den Repräsentanten jener Macht vernachlässigt, die nach einem geflügelten Wort den Schlüssel zur deutschen Wiedervereinigung besitzt. Kein Weg führt daran vorbei. Ohne sowjetische Zustimmung gibt es keine befriedigenden Lösungen der deutschen Fragen. Es hat lange gedauert, diese Binsenwahrheit zur Kenntnis zu nehmen; noch heute gibt es manche, die sich schwer daran tun.

Es wäre freilich eine Veressenheit, würde der außenpolitische Experte der CDU allzu hohe Erwartungen an seine Reise knüpfen. Wunder geschehen in dieser Richtung nicht. Man braucht nicht erst nach Moskau zu fahren, um den derzeitigen sowjetischen Standpunkt in der Deutschlandfrage zu erfahren. Er ist in unzähligen Bekundungen festgelegt. Die jetzige sowjetische Deutschlandpolitik geht davon aus, möglichst viel zu konsolidieren, was sie als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges betrachtet: den Fortbestand Mitteldeutschlands als eigenen Staat, die Verwandlung Westberlins in ein politisches Gemeinwesen besonderer Art und die Einfrierung der bestehenden Grenzen für ein dreigeteiltes Deutschland.

Dies ist die gegenwärtige sowjetische Haltung. Wird sie für alle Zeiten bleiben? Sie ist am Gestern orientiert. Aber auch die Sowjetunion und ihr Verhältnis zur übrigen Welt ist Veränderungen unterworfen. Die sowjetische Deutschlandpolitik bleibt davon nicht ausgenommen. Offensichtlich befindet sie sich derzeit in einer Phase der Prüfung und neuer Überlegungen. Freilich weiß niemand, was dabei herauskommen wird.

Eine mögliche Flexibilität der sowjetrussischen Deutschlandpolitik erfolgt nicht im luftleeren Raum; sie wird allerdings auch von uns mitbeeinflusst. Die Sowjetunion strebt eine europäische Friedensordnung an und sehr viel wird davon abhängen, welche Bestandteile eine auf eine gesicherte Friedensordnung bedachte deutsche Politik einbringt. Ein völkerrechtlich gültiger Gewaltverzicht, der alle Gebiete und Gebietsteile Mittel- und Osteuropas einschließt, könnte wesentliche Steine auf dem Wege zu einem befriedeten Europa aus dem Weg räumen. Die Bundesregie-

zung hat ihre Bereitschaft dazu in der Regierungserklärung ausgedrückt. Von dieser Bereitschaft ausgehend lassen sich neue Ansatzpunkte finden und entwickeln.

Die deutsche Position kann nicht mehr davon ausgehen, die Entspannung in Europa jeweils abhängig zu machen von unmittelbaren Fortschritten in der Frage der Wiedervereinigung. Sie muß daran interessiert sein, die deutschen Fragen durch europäische Entspannung positiv zu fördern. Hier ist in der Tat ein gewichtiger Wandel eingetreten. Die Bundesregierung ist nicht darauf aus, den Geltungsbereich des Grundgesetzes außerhalb der Bundesrepublik auszuweiten. Sie ist bemüht um ein geregeltes Nebeneinander, auch mit dem anderen Teil Deutschlands und sie ist entschlossen, recht weit in dieser Richtung zu gehen. Sie hat nicht den Ehrgeiz, das Stigma eines Störenfrieds der Entspannung auf sich zu nehmen.

Die deutsche Wiedervereinigung liegt im Schoße der Zukunft verborgen. Die mächtige Sowjetunion stellt ein einheitliches Deutschland noch immer als ein Störungselement dar. Schließlich waren es in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts die Deutschen, die das zaristische Rußland im Ersten Weltkrieg demütigten und im Zweiten Weltkrieg die Sowjetunion an den Rand des Abgrunds brachten. Das bleibt unvergessen. Es hat sich als das entscheidende Erlebnis für das russische Volk eingepreßt. Die Gesamtverluste in beiden Weltkriegen überstiegen für die Russen weit die 30-Millionen-Grenze; eine schreckliche Zahl.

Die Vergangenheit kann zur Fessel, zur drückenden Fessel, werden, wenn sie den Blick für die Zukunft trübt und den Weg zu einem neuen Beginnen versperrt. Das deutsch-russische Verhältnis steht vor dieser Gefahr, sie zu bannen, bleibt einer der Kernpunkte einer der Zukunft aufgeschlossenen Politik.

Herrn Majonica ist auf seiner Erkundungsfahrt in die Sowjetunion viel Glück zu wünschen. Sollte es ihm gelingen, seinen russischen Gesprächspartnern die Friedensliebe des deutschen Volkes überzeugend kundzutun, dann würde sich allein schon daraus seine Reise rechtfertigen; sie wäre von Nutzen. Sollte er aber von der Absicht geleitet sein, Zeugnisse dafür zu sammeln, daß die von der Bundesregierung betriebene neue Ostpolitik keine Aussicht hat, Erfolge zu erzielen, dann könnte er sich die Mühe einer solchen Reise ersparen. Solche Beweise hätten keine Aussagekraft, sie würden den Realitäten und den Pflichten deutscher Politik nicht gerecht. Sie gebieten uns, unablässig und beharrlich, trotz Rückschlägen und Enttäuschungen den Weg der Verständigung mit der Sowjetunion zu suchen, ohne dabei den festen Rückhalt mit unseren westlichen Verbündeten preiszugeben.

Die geistige Mauer

Politische Überlegungen zu Leipziger Gesprächen

Von Dr. Erhardt Eckert, z.Z. Leipzig

Kann die geistige Mauer, die über dem stacheldrahtbestückten Betonwall zwischen ihnen, die so leichtfüßig unsere Schwestern und Brüder in Mitteldeutschland genannt werden, und uns in keineswegs mehr so goldenen Westen aufgetürmt sind, eines Tages zu einer wirklichen Barriere werden? Wem aus einem der wenigen noch gegebenen Anlässe, z.B. der Leipziger Messen, die Möglichkeit eingeräumt wird, eine längere Zeit unter ihnen weilen und ungehindert sehen und hören zu können, wird ernsthaft darüber nachzudenken beginnen. Gäbe es nur das grau-in-grau Bild, das die Zeitungen und der Funk von der Bundesrepublik malen, müßte man schier verzweifeln, denn dieses pausen- und ausnahmslos dargebotene Bild zeigt denen, die allein auf diese Sicht angewiesen wären, und solchen, die keine andere Sicht wollten, den westdeutschen Staat als ein erschreckendes und abschreckendes Gebilde. Es gibt keine Lücke in dieser Darstellung dieses von uns gemeinsam aufgebauten Staates, der, was die Bilderzeichner vergessen, eben doch unser aller Staat ist, auch wenn wir, der eine mehr, der andere weniger, selbst Ärger an ihm nehmen.

Wirkt diese Darstellung? Man würde sich über die Realitäten hinwegglücken, wenn man leugnen wollte, daß die ständig überhöhte und übersteigerte Darstellung nur der negativen und als solche gezeichneten Seiten des Geschehens in der Bundesrepublik ohne Wirkung geblieben wäre. Nur wenige wohnen und arbeiten an Mauer und Stacheldraht und der unmittelbare Kontakt der übrigen, der großen Mehrheit, mit dem westlichen Deutschland und seinen Bürgern ist räumlich und zeitlich recht begrenzt, ja oft sogar höchst sporadisch. Es könnte also durchaus sein, daß die geistige Mauer, die von denen aufgetürmt wird, die kein anderes als ein grau-in-grau Bild wollen, bedrohlicher werden könnte als der Stacheldraht-und-Betonwall. Das Denken in souveränstaatlichen Begriffen, das in der Führungsschicht längst zuhause ist, könnte, ließe die gelenkte Entwicklung so weiter, zur wirklichen Grenze werden. Erste, höchst aufmerksam zu beobachtende

Anzeichen lassen sich in sachlichen Gesprächshinweisen entdecken, daß dieses oder jenes doch wohl besser als jenseits von Elbe und Werra sei. Und manches, was bei uns geschieht und vor allem gesagt wird, sollte, so erkennt man schnell, besser nicht geschehen und gesagt werden, insbesondere dann, wenn es arrogant und ignorant ist.

Was also sollte man tun? Man sollte vor allem immer der Tatsache eingedenk sein, daß die 17 Millionen, unter welchen Umständen und Vorzeichen auch immer, heute ebenfalls eine Aufbauleistung vorzuweisen haben, die sich sehen lassen kann. Aus diesem Bewußtsein und aus dem Innewerden der anderen Tatsache, daß sich die beiderseitigen Positionen im Jahre 1967 merkbar verändert haben, läßt sich für die Gesamtheit und für den einzelnen, wenn man nur will, die richtige und gute Verhaltensweise ableiten. Es ist sinnlos, in Meditationen darüber zu versinken, wie es sein könnte, wenn man sich zu irgendeiner Zeit anders verhalten hätte. Darüber gehen alle oder sicher die allermeisten in dem von den schwarzrotgelben Grenzpfählen umsteckten Machtbereich der SED mit Achselzucken hinweg.

Es liegt an uns selbst und an unserem Wirken, unserem Können und unseren Initiativen und Aktivitäten, wenn wir ernsthaft einer Entwicklung entgegenwirken wollen, die über den Betonwall die geistige Mauer setzen möchte. Wer Tage wie jene der Leipziger Messen nutzt und durch agitationsloses Verhalten die Agitation lahmlegt, wird rasch merken und erkennen, daß sachliche und ruhige Worte nicht wirkungslos zu Boden fallen. Man wird im Gespräch mit dem zufälligen Gegenüber bald Verständnis für die bundesrepublikanischen Belange und ihre wirkliche Ein- und Zuordnung finden.

Man wird aus dem Gespräch mit den Leuten aus den Führungskadern die Erfahrung mitnehmen, daß sich schließlich alles differenzierter darstellt, als die Agitation es vorgibt. Nur wird man selbst wirklich nicht mehr um die Notwendigkeit herumkommen, auch differenzierter zu denken und zu handeln. Die geistige Mauer jedenfalls muß nicht auch noch eine Realität werden.

Schweden und die EWG

Auf der Suche nach neuen Märkten

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Die kürzlich veröffentlichten Zahlen der schwedischen Außenhandelsstatistik für das erste Halbjahr 1967 sprechen eine deutliche Sprache: im Vergleich mit dem ersten Halbjahr 1966 sind die schwedischen Einfuhren aus der Bundesrepublik von 2 415 auf 2 367 Millionen Kronen zurückgegangen, während Schwedens Einfuhr aus den EFTA-Ländern von 4 055 auf 4 305 Millionen Kronen gestiegen ist. Die schwedischen Ausfuhren in die Bundesrepublik sind von 1 459 auf 1 198 Millionen Kronen zurückgegangen, während Schwedens Export in die EFTA-Länder sich von 4 428 auf 5 197 Millionen Kronen erhöht hat. Die deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen, welche sich in den 1950er Jahren - und auch noch in den ersten Jahren nach Gründung der EWG - stürmisch aufwärts entwickelt hatten, spüren nun immer fühlbarer die Folgen der markanten Zollerhöhungen, welche die Anpassung der westdeutschen Zölle an das EWG-Zollniveau bedeutet.

Dagegen hat Schwedens Handelsaustausch mit jenen EWG-Ländern, deren Zölle bei der Einführung der EWG-Zölle gesenkt wurden, sich günstig entwickelt. Italiens Lieferungen an Schweden sind von 40 auf 459 Millionen Kronen, Italiens Bezüge aus Schweden von 384 auf 455 Millionen Kronen gestiegen. Schwedens Einfuhr aus Frankreich erhöhte sich von 522 auf 556 Millionen Kronen, die Ausfuhr nach Frankreich verblieb mit 597 resp. 591 Millionen Kronen praktisch unverändert.

Für die Exportausfälle in Westdeutschland sucht Schwedens Wirtschaft neue Märkte. Die COMECON-Staaten umwerben das allianzfreie Schweden mit Wirtschaftsdelegationen. Gegenwärtig ist Schwedens Handelsaustausch mit diesen Ländern jedoch noch verhältnismäßig gering. Schwedens Ausfuhr in die Sowjetunion hat sich in der Vergleichsperiode von 99 auf 139 Millionen Kronen erhöht. Auch die Vereinigten Staaten, Latein-Amerika und Japan haben wesentlich mehr schwedische Waren gekauft als früher.

In diesen Vergleichszahlen manifestiert sich eine Tendenz, die in den nächsten Jahren noch fühlbarer werden dürfte. Die Auswirkungen der

Kennedy-Runde werden noch längere Zeit auf sich warten lassen. Das Ansuchen Schwedens um Aufnahme in die EWG wird erst spruchreif, wenn die Ansuchen Großbritanniens, Irlands, Norwegens und Dänemarks behandelt worden sind. Ein Anschluß dieser Staaten an die EWG ohne Schweden hätte für Schwedens Wirtschaft verheerende Folgen.

Man weiß in Schweden, daß die Bundesrepublik ein warmer Befürworter Schwedens ist. Aber die zu meisternden Anschlußfragen sind - ganz abgesehen von der Halsstarrigkeit de Gaulles - nicht zu unterschätzen und würden auch dann, wenn Frankreich keine Obstruktionspolitik betriebe, langwierige Vorkehrungen erfordern.

In der Zwischenzeit wird die Entwicklung nicht stille stehen. Die EWG wird die Zollangleichung und die gemeinsame Agrarpolitik durch eine Angleichung der Steuersysteme, einen einheitlichen Kapitalmarkt, eine Angleichung des Patentrechtes, durch Schaffung einer einheitlichen Form für Aktiengesellschaften im EWG-Bereiche u.s.w. zu ergänzen suchen und dadurch die Voraussetzung für eine Industrieentwicklung schaffen, die den Vorsprung der amerikanischen Großindustrie einholen wird und die Industrie der außerhalb der EWG stehenden europäischen Kleinstaaten in eine hoffnungslose Unterlegenheit zu versetzen droht. Die Diskussion um die europäische Wirtschaftsintegration wird häufig allzu sehr von den Zollfragen dominiert, die zweifellos bedeutungsvoll, aber auf lange Sicht nicht so entscheidend sind wie die Impulse, welche wirtschaftliche Großräume für die Struktur-Rationalisierung, für die Forschung und Entwicklungsarbeit bedeuten. Gerade in dieser Hinsicht ist die kompakte Masse der EWG-Länder der heterogenen EFTA überlegen.

Wirtschaft und Regierung in Schweden sehen dieses Dilemma. Der EWG-Anschluß ist für beide ein Anliegen ersten Ranges. Die schwedische Wirtschaftspolitik versucht aber auch im eigenen Lande möglichst viele Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Wirtschaft mit der europäischen Entwicklung Schritt halten kann, z.B. durch die Gründung der staatlichen Investitionsbank, welche die Strukturrationalisierung erleichtern soll und durch eine zielbewußte Lokalisierungs- und Arbeitsmarkt-Politik.